

Informationspolitik des Bürgermeisters kritisiert

Politischer Aschermittwoch der Bürgerliste Geiersthal mit Diskussion über die Gemeindepolitik

Geiersthal. In der gut gefüllten Gaststube des Gasthauses Gierl in Hartmannsgrub hat der politische Aschermittwoch der Bürgerliste Geiersthal stattgefunden, bei dem über wichtige Entscheidungen der Gemeindepolitik informiert und diskutiert wurde. Über Beamer wurden Bilder den Besuchern präsentiert.

Die Gäste wurden dabei zum Bratheringessen eingeladen. Während des Essens wurde ein Film mit Luftaufnahmen von Linden und Umgebung gezeigt. Dieser Film wird auch unter www.buergerliste-geiersthal.de präsentiert.

Nach dem Essen ging es ans Eingemachte. Es wurde der Bahnbetrieb mit Schülerbeförderung angesprochen. Nicht hinnehmen dürfe man, dass die Schüler aus

Hartmannsgrub, Furthof, Höfing und Kammersdorf, die an weiterführenden Schulen gehen, weite Fußwege zurücklegen müssen bevor sie zur Schule kommen, war man der Meinung. Auch die Beförderung mit Bussen vom Bahnhof zu den Schulen zweifeln die Anwesenden an. Sie sind der Meinung, dass dies von den Verantwortlichen nur schön geredet werde.

Es bestehe zwar weiterhin der Schulbusverkehr, dieser müsse aber künftig selbst bezahlt werden. Hier könnte die Gemeinde die Schüler unterstützen. Die Bürgerliste schlägt vor, dass die Gemeinde die Busfahrkarte mit 50 Prozent bezuschussen soll. Bei beispielsweise 20 Schülern und Kosten von zirka 500 Euro pro Schulbuskarte wären dies 5000 Euro, die von der

Gemeinde übernommen werden müssten. Dies müsse eine vernünftige Beförderung wert sein.

Auch die Sicherheit am Bahnübergang Grandmühle wurde angesprochen. Wegen des hohen Verkehrsaufkommens sei die Unfallgefahr hier sehr groß. Deshalb soll der Bahnübergang eventuell mittels Schranke abgesichert werden, befanden die Anwesenden.

Thema war auch das Gewerbegebiet Linden Nord. Anfangs habe es sehr gut ausgesehen. Anfangs habe sich der Bürgermeister bemüht, einheimische Interessenten zu finden. Als konkrete Anfragen auf dem Tisch lagen, hat auch die Bürgerliste dem Gewerbegebiet zugestimmt, da einheimischen Handwerksbetrieben die Möglich-

keit zur Erweiterung gegeben werden müsse. Zur Zeit sei es still geworden bezüglich des Gewerbegebiets. Welche Ziele der Bürgermeister nun vor Augen hat, ist dem Gemeinderat nicht bekannt, erfuhren die Anwesenden. Feststehe, dass die Erschließung vor zwei Monaten vergeben wurde und, was die Erschließung koste. Man sei aber nicht in der Lage Interessenten den Kaufpreis nun mitzuteilen. Die Gefahr sei nun, dass die Interessenten sich in anderen Gemeinden ansiedeln.

Ein zur Zeit aktuelles Thema ist die Informationspolitik des Bürgermeisters. Wie bereits bekannt sei, bekämen die Gemeinderäte viel zu wenig Informationen, viele Themen würden viel zu kurz angesprochen und bei Nachfrage be-

komme man die Antwort „Aber mehr kann ich euch dazu nicht sagen“. Auf dieser Basis könnten keine vernünftigen Entscheidungen getroffen werden. Vorschläge dürfen nicht kritisiert oder abgelehnt werden. Änderungsvorschlägen aus dem Gremium würden zum Teil nicht zur Kenntnis genommen. Aus der Runde kam nun von Bürgern der Vorschlag, bei solchen Situationen den Sitzungsraum zu verlassen mit der Begründung, dass eine Entscheidung nicht gefällt werden kann. Man könne stark erkennen, dass viele Bürger hinter den Gemeinderäten stehen. Vorgeschlagen wurde, dass die Gemeinderäte künftig zu den SPD-Versammlungen gehen sollen, da es hier mehr und detailliertere Infos gebe.